Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003691/2025
an die Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Marit Maij (S&D), Mounir Satouri (Verts/ALE), Brando Benifei (S&D), Udo Bullmann (S&D), Charles Goerens (Renew), Barry Andrews (Renew), Estelle Ceulemans (S&D), Abir Al-Sahlani (Renew), Rasmus Nordqvist (Verts/ALE), Krzysztof Śmiszek (S&D), Hannes Heide (S&D), Marie Toussaint (Verts/ALE), Carla Tavares (S&D), Murielle Laurent (S&D), Catarina Vieira (Verts/ALE), Erik Marquardt (Verts/ALE), Marco Tarquinio (S&D)

Betrifft: Maßnahmen der Kommission zur Verbesserung der Transparenz in der nächsten Verordnung zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt (NDICI-Verordnung)

Der Vorschlag für eine Verordnung zur Schaffung des Instruments „Europa in der Welt“ (COM(2025)0551) wirft Bedenken hinsichtlich der Transparenz und der Rolle des Parlaments als Kontrollinstanz auf. In seiner Stellungnahme 03/2024 zu der Evaluierung der Garantie für Außenmaßnahmen durch die Kommission[1] stellte der Europäische Rechnungshof fest, dass er keine hinreichenden Nachweise dafür gefunden habe, dass die Ausgaben der Kommission im Rahmen des ESFD+ zur Verwirklichung der Ziele der NDICI-Verordnung beitragen, insbesondere zur Beseitigung der Armut. Darüber hinaus liefere die Evaluierung nur wenige Informationen über die Mobilisierung von Investitionen des Privatsektors. Dies schränkt die Fähigkeit des Parlaments ein, die Zuweisung von Mitteln im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit zu kontrollieren, und birgt die Gefahr, dass Steuergelder ungerechtfertigt ausgegeben werden.

1. Internationale Institutionen und die Zivilgesellschaft haben die Mängel des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit in Bezug auf die Transparenz der Ausgaben und der Begünstigten der für Hilfe vorgesehenen Mittel der EU hervorgehoben. Mit der Reform werden diese Missstände jedoch nicht gründlich angegangen. Befasst sich der neue Vorschlag mit der Erhöhung der Transparenz, und wenn ja, wie?

2. Die Zivilgesellschaft warnt ferner vor den Folgen einer aufgeblähten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA), wobei sich auf Ausgaben bezogen wird, die nicht den Anforderungen für öffentliche Entwicklungshilfe entsprechen. Wie wird die Kommission dafür sorgen, dass die im Zuge der öffentlichen Entwicklungshilfe getätigten Ausgaben im Einklang mit den Verträgen und den einschlägigen Vorschriften stehen und zur Entwicklung in den Empfängerländern beitragen?

3. Welche weiteren Schritte wird die Kommission unternehmen, um die interinstitutionelle Zusammenarbeit zu vertiefen und insbesondere die Fähigkeit des Parlaments zur Kontrolle der Ausgaben zu stärken und somit die Legitimität der Ausgaben im Rahmen der neuen Verordnung über das Instrument „NDICI/Europa in der Welt“ zu untermauern?

[1] Europäischer Rechnungshof, „Stellungnahme 03/2004 zu der Evaluierung der Garantie für Außenmaßnahmen durch die Kommission [COM(2024) 208]“, 2024, https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/OP-2024-03/OP-2024-03_DE.pdf.

Eingang: 23.9.2025